



NEWSLETTER

3/2018

+ + + KURZNACHRICHTEN + + KURZNACHRICHTEN + + KURZNACHRICHTEN + + +



Mit 128 Schülerinnen und Schülern der Friedegart-Belusa-Gemeinschaftsschule aus Büchen diskutierte ich am 26. September im Fraktionssaal der SPD-Bundestagsfraktion.




Auch in diesem Jahr habe ich den Flohmarkt der Jusos Stormarn in Ahrensburg gerne unterstützt.



Auf der 'windWERT' in Kiel unterstrich ich in meiner Eröffnungsrede die Bedeutung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien für Schleswig-Holstein.



Unter meiner Schirmherrschaft fand ein parlamentarisches Frühstück des BUND zum Thema „Dezentrale Energiewende“ statt.



Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

die dritte Quartalsausgabe des Newsletters umfasst den Spätsommer; eine Zeit, die im politischen Berlin von sehr viel Unruhen und zuletzt von dem Ausgang zweier Landtagswahlen – in Bayern und Hessen – begleitet war. Letztere sagten mehr über die Bundes- als die jeweilige Landespolitik aus.

Nicht erst heute wird über anschwellenden Populismus und einen sich verbreitenden Rechtsruck gesprochen. Ein Rechtsruck einer Gesellschaft beginnt dort, wo der Tabubruch nicht mehr sanktioniert wird. Und eben hier ist die „Causa Maaßen“ zu verorten. Letztere war keineswegs lediglich eine „Personalfrage“.

Indem Hans-Georg Maaßen als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Zweifel an der Echtheit eines Beweises von Hetze gegen Menschen mit Migrationshintergrund gesät hat, hat er die Aufklärung rechtsextrem-faschistischer, somit staatsfeindlicher Taten unterwandert, selbige damit geleugnet und verharmlost. Sein Amt vermittelte ihm dabei den Anschein von Seriösität, was die bezeichnete Wirkung sicher verschärft hat. Hans-Georg Maaßen instrumentalisierte Staatlichkeit für offenkundige politische Zwecke – der Verleugnung und damit Relativierung von Hetze gegen Menschen. Meines Erachtens kann es in einer wehrhaften Demokratie auf ein solches Verhalten nur die Antwort der Entlassung geben – alles andere ist ein gebilligter Tabubruch, dessen Ausstrahlungswirkung Populisten stärkt.

Die Causa Maaßen war zugleich eine Causa Seehofer – denn er hat das Verhalten von Hans-Georg Maaßen gebilligt, indem er keinen Anlass für eine Entlassung gelten ließ und ihn zum Staatssekretär mit Regierungsaufgaben befördern wollte. Horst Seehofer hätte hierfür seinerseits als Minister entlassen werden müssen. Allein sein Parteivorsitz verhinderte dies – denn seine Entlassung hätte keine CSU-Nachfolge ohne ein solches Votum des Parteivorsitzenden ermöglicht – es sei denn, der Koalitionsbruch wäre einkalkuliert. Die Personalunion zwischen Minister und Parteivorsitz ließ Bundeskanzlerin Angela Merkel erpressbar werden und wurde von Horst Seehofer entsprechend instrumentalisiert. Meines Erachtens kam sein Verhalten einem Staatsstreich gleich. Auch wenn die Schnelllebigkeit der Ereignisse darüber hinwegtäuschen mag: Eine wehrhafte Demokratie verlangt nach unabhängiger Aufklärung und Bewertung der benannten Vorgänge! Für die Zukunft sollte für Koalitionen die Personalunion von Parteivorsitz und Regierungsamt ausgeschlossen werden.

Anders als die vielen während der letzten Wochen behandelten Themen, waren es leider eben Bilder der soeben geschilderten Art, die über die regierungsbildenden Parteien und ihre Funktionsträger das politische Berlin prägten.

Innerhalb der Koalition fehlt die offene sachliche Auseinandersetzung, die einer

unterdrückten Abgrenzung in koalitionärer Einigkeit weicht. So wird unfreiwillig klar erkennbaren Profilen entgegengewirkt. Es ist zwar laut im Plenum dieser Wochen. Wenn man genau hinhört, folgt dies allerdings einem Fronten-Muster und spart wertvollen, da profilgebenden öffentlichen Diskurs unter den Volksparteien aus.

Wenn es nun zu einem koalitionären „Fahrplan“ der Monate bis zur Halbzeit des schwarz-roten Bündnisses kommt, sollte eine Verständigung über Möglichkeiten uneinheitlichen Abstimmens in der Koalition gefunden werden. Es müssen Abstimmungen mit sogenannten „wechselnden Mehrheiten“ jenseits des Koalitionsbündnisses ermöglicht werden. So könnte mehr Klarheit in den Regelungen erreicht werden, als dies aufgrund der großen Unterschiede zwischen den Koalitionspartnern bislang möglich war. Zugleich würden die Volksparteien in ihren Profilen wieder deutlicher unterscheidbar, wenn sie über die Option wechselnder Mehrheiten entsprechend Farbe bekennen dürfen und müssen.

Anregendes Lesen wünscht

Ihre und eure



Inhalt

• Themen	4
* Zurück zur Parität in der Krankenversicherung	4
* Brückenteilzeit	5
* Klima & Energie	6
* Diesel	10
* Bezahlbares Wohnen	12
* Gute-Kita-Gesetz	15
* Ferkelkastration	16
* Haushaltsentwurf 2019	17
• Medienspots (Auswahl)	18
• Reden	19
• Eigene Veranstaltungen	20
• Auf Einladung	22
• Praktikant*innen	25
• Bilderschau	28

Themen

Zurück zur Parität in der Krankenversicherung

Gemeinsam mit den Gewerkschaften haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten viele Jahre dafür gekämpft, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder gleich hohe Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zahlen, um einseitige Mehrbelastungen auf Seiten der Arbeitnehmer zu beenden.



Angeichts der demografischen Entwicklung werden die Babyboomer ab 2020 zunehmend in Rente gehen und somit weniger in die Krankenversicherung einzahlen. Zugleich steigt die Lebenserwartung; hiermit einher geht eine Steigerung chronischer Erkrankungen, womit sich die durchschnittliche Behandlungsdauer verlängert. Der technologische Fortschritt in der Medizin, sprich neue Methoden zur Behandlung, führen zu weiteren Kostensteigerungen. Ohne eine wiederhergestellte Parität wären diese allein durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu leisten. Dies hätte eine schleichende Privatisierung des Krankenversicherungssystems bedeutet.

Mit dem am 18. Oktober vom Bundestag in 2./3. Lesung beschlossenen GKV-Versichertenentlastungsgesetz (Drs. 19/4454, 19/4552) wird die Parität in der Krankenversicherung zum 1. Januar 2019 wiederhergestellt. Damit werden alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer finanziell entlastet, die gesetzlich krankenversichert sind. Das gilt auch für alle Selbständigen, die sich gesetzlich versichern wollen. Mit der gesetzlichen Neuregelung zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum 1. Januar 2019 wieder zu gleichen Teilen den Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet das eine Entlastung ihres Bruttoeinkommens im Durchschnitt um 0,5 Prozent. Wer monatlich 3.000 Euro brutto verdient, wird künftig monatlich um 15 Euro entlastet. Profitieren werden auch Rentnerinnen und Rentner: Ihr Zusatzbeitrag wird zukünftig zur Hälfte durch die Deutsche Rentenversicherung übernommen.

Das GKV-Versichertenentlastungsgesetz enthält darüber hinaus deutliche Verbesserungen für Selbständige. Ihre Mindestbeiträge zur freiwilligen gesetzlichen Krankenversicherung werden mehr als halbiert.

Während des Bezuges von Krankengeld oder Mutterschaftsgeld fallen darüber hinaus in Zukunft keine Mindestbeiträge mehr an, wenn in dieser Zeit keine Einnahmen aus der Beschäftigung erzielt werden.

Ein Erfolg ist auch die mit dem Gesetz erreichte bessere soziale Absicherung von Soldatinnen und Soldaten auf Zeit. Ausscheidende Soldatinnen und Soldaten auf Zeit können sich künftig gesetzlich krankenversichern. Hier konnte die SPD-Fraktion in den parlamentarischen Verhandlungen zudem noch erreichen, dass die seit dem 15. März 2012 ausgeschiedenen Soldatinnen und Soldaten auf Zeit, die bereits älter als 55 Jahre sind, noch in die freiwillige gesetzliche Krankenversicherung wechseln können. Leider war die Union nicht dazu bereit, zukünftig freiwillig gesetzlich versicherten Soldatinnen und Soldaten auf Zeit den Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung der Rentner (KVdR) zu eröffnen. Dazu wäre die Anerkennung der Dienstzeit als Vorversicherungszeit für die KVdR notwendig gewesen.

Die SPD hatte sich während der Koalitionsverhandlungen sowohl für die Einführung der Bürgerversicherung als auch für die Wiederherstellung der Parität bei den Koalitionsverhandlungen eingesetzt und konnte sich mit der Parität – nun auch im Gesetzgebungsverfahren – durchsetzen. Ein weiteres Ziel muss die Einführung der Bürgerversicherung bleiben. Die Union hatte sich gegenüber der SPD diesem Vorhaben verweigert.

Brückenteilzeit

Häufig stecken Frauen in der sogenannten Teilzeitfalle – wenn aus familiären Gründen eine Arbeitszeitreduzierung vorgenommen wurde, anschließend aber keine Rückkehr zur Vollzeit möglich ist.

Mit der am 18. Oktober 2018 vom Bundestag beschlossenen Brückenteilzeit wird zum 1. Januar 2019 das Recht geschaffen, zur vorherigen Arbeitszeit zurückzukehren. Von dem beschlossenen Gesetz profitieren alle Arbeitnehmer*innen, die ab dem 1. Januar 2019 in Teilzeit gehen.

Die neue Brückenteilzeit im Teilzeit- und Befristungsgesetz ist mit Blick auf die heutigen Beschäftigungsverhältnisse auch ein Beitrag zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Sie hilft Altersarmut zu vermeiden und Fachkräfte zu halten.

Vier Voraussetzungen sind für einen Rechtsanspruch auf Rückkehr zur vorherigen Arbeitszeit erforderlich:

1. Beschränkung der Teilzeitphase auf einen Zeitraum zwischen 1 und 5 Jahren,
2. mehr als 45 Beschäftigte in dem Betrieb, in dem man arbeitet,
3. eine mehr als sechs Monate währende Anstellung im Betrieb,
4. schriftliche Antragsstellung ohne Angaben von Gründen 3 Monate vor Beginn der gewünschten Arbeitszeitreduzierung.

Künftig müssen nicht mehr Arbeitnehmer*innen darlegen und ggf. beweisen, dass sie für einen frei werdenden Arbeitsplatz genauso geeignet sind wie andere.

Arbeitgeber*innen müssen ab dem 1. Januar 2019 nachweisen, dass der oder die Arbeitnehmer*in nicht mindestens gleich geeignet ist.

Arbeitgeber*innen dürfen von Arbeitnehmer*innen nicht verlangen, mehr als 25 Prozent der vereinbarten Wochenarbeitszeit zusätzlich zu arbeiten. Ebenso darf der Arbeitgeber nur bis zu 20 Prozent der vereinbarten wöchentlichen Arbeitszeit weniger abrufen.

Außerdem gelten künftig automatisch 20 statt bisher 10 Stunden Wochenarbeitszeit als vereinbart, wenn keine bestimmte Dauer im Vorhinein festgelegt wurde.

Mit der Einführung der Brückenteilzeit können viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Erleichterungen in ihrem Lebensrhythmus schaffen sowie ihren Beruf besser auf familiäre Anforderungen abstimmen.

Gleichwohl verbleiben viele Ausnahmen. Solche hat CDU etwa für kleinere Unternehmen durchgesetzt. Um die sogenannte Teilzeitfalle aufzuheben, muss ein Rückkehrrecht zudem für bereits bestehende Teilzeitjobs gelten. Insofern bleibt Handlungsbedarf bestehen.

Nichtsdestotrotz wird dieses Gesetz bis zu 22 Millionen Arbeitnehmer*innen erreichen und das Leben dieser Menschen spürbar verbessern.

Klima & Energie

Der IPPC Bericht hat erst kürzlich erneut die Dringlichkeit für CO₂-mindernde Maßnahmen verdeutlicht: Es darf nicht um ein Recht auf 2 Grad Klimaerwärmung, sondern es muss um so wenig CO₂ wie möglich gehen, andernfalls wird der Klimawandel unbeherrschbar. Immer mehr Menschen werden in die Armutsfalle gestoßen. Bereits heute gibt es schon 25 Millionen Klimaflüchtlinge; es wird damit gerechnet, dass es bis 2050 bis zu 140 Millionen sein können.



Die zu beschleunigende Energie-, Mobilitäts- und Wärmewende ist der zentrale Schlüssel für Klimaschutz und auch Ressourcensubstitution.

Im Juni hat die Bundesregierung die Kohlekommission eingesetzt, die bis Ende dieses Jahres Ergebnisse vorlegen soll, wie und wann der Braunkohleausstieg gelingen kann. Ein sozialverträglicher Kohleausstieg durch Umstieg auf

Erneuerbare Energien kann noch vor 2030 gelingen. Er sollte dies auch aus Gründen der Gesundheitssorge und zur Schaffung von Arbeit mit Zukunft sowie für auch zukünftiger Wettbewerbsfähigkeit deutscher Industrien.

Schadstoffe brauchen einen Preis. Insofern setze ich mich weiterhin für eine **Schadstoffbepreisung** ein. Inzwischen werden entsprechende Konzepte ernsthaft diskutiert. Noch vor wenigen Jahren erntete ich für dahingehende Vorschläge unter Verweis auf den europäischen Emissionshandel zumeist Ablehnung – und dies, obwohl der Emissionshandel auch im Rahmen der nun neuen Handelsperiode aufgrund zu vieler Emissionszertifikate und einem zu niedrigen Preis keine hinreichende Lenkungswirkung zeitigt.

Kohle ist der schmutzigste Energieträger und verantwortlich für 55% der Emissionen im Stromsektor. Ohne den Ausstieg aus der Braunkohle mit Umstieg auf Erneuerbare Energien kann ein richtungsweisender wie zielführender Klimaschutz nicht gelingen.

Häufig wird erklärt, für das Erreichen der internationalen Klimaschutzziele seien nationale Maßnahmen nicht maßgeblich. Dem widerspreche ich ausdrücklich. Zum einen entspricht es der Systematik des Klimaschutzvertrages von Paris, dass die Unterzeichnerstaaten nationale Pläne zur Erfüllung ihres Klimaschutzbeitrages vorlegen. Ohne lokales (und somit auch nationales) Handeln, kann globaler Klimaschutz nicht gelingen.

Zum anderen beweisen die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen in Gestalt des Ausbaus Erneuerbarer Energien wie wichtig Vorreiterrollen sind: Das unter Rot-Grün im Jahr 2000 in Kraft getretene Erneuerbare-Energien-Gesetz gilt weltweit als der entscheidende Antriebsmotor einer seither weltweit in Bewegung gesetzten Energiewende.

Die jüngeren Wahlergebnisse in Bayern und Hessen in Gestalt der Zuwachsraten bei den Grünen belegen erneut die wachsende Bedeutung von Maßnahmen zum Erhalt von Lebensgrundlagen und somit auch zum Kampf gegen den Klimawandel.

Es muss meines Erachtens zu einer Kernaufgaben der Sozialdemokratie zählen, den Klimawandel so weit es geht einzugrenzen und die Abkehr vom Verbrauch fossiler Energieressourcen beschleunigt zu vollziehen.

Klimawandel steht für Ernteaufschläge, Verlust von Land, anwachsende Flüchtlingsströme. Die Abhängigkeit von endlichen Energieressourcen steht für absehbar mittelfristig steigende Energiepreise und damit für Energiearmut. Klimawandelfolgen und fehlende Energie dürfen nicht zur Armutsfalle des 21. Jahrhunderts werden – dies, die Vermeidung von neuen Armutsfallen, ist Aufgabe von Sozialdemokratie. Gleiches gilt für die Sicherung von guter und gesunder Ernährung bzw. Lebensgrundlagen.

Global denken und lokal handeln muss auch heißen, beim **Hambacher Wald** zu „beginnen“: Weder aus Energieversorgungsgründen noch mit Blick auf die

genannten Klimaschutzverpflichtungen ließe sich die Rodung des Waldes für weitere Braunkohleabräumarbeiten rechtfertigen. Insofern ist der Erhalt des Waldes auch Aufgabe der Sozialdemokratie.

Am 5. Oktober hat das OVG Münster einem Eilantrag des BUND stattgegeben, durch den die Rodung bis auf weiteres gestoppt ist. Dies begrüße ich sehr, denn eine weitere Rodung hätte in Bezug auf den Wald und die Umgebung unwiderrufliche Fakten geschaffen. Der Hambacher Wald ist dabei zu einem Symbol für eine Entscheidung über die Zukunft der Braunkohleverstromung geworden.

Ein fortgesetzter Braunkohletagebau bedeutet ein Festhalten an einer nicht zukunftsfähigen Industrie. Ich halte es gegenüber den Beschäftigten der Braunkohlewirtschaft für unverantwortlich, das Ende der Braunkohleverstromung politisch hinauszuzögern. Jeder Versuch, Braunkohletagebau und -verstromung mit dem Argument des Erhalts von Arbeitsplätzen fortzusetzen, gefährdet Arbeit mit Zukunft in den Revieren. Letztere gilt es nun verstärkt mit Unternehmensansiedlungen und Umschulungen anzureizen.

Ich erwarte von den betreffenden Gewerkschaften, insbesondere der IGBCE, an diesen Maßnahmen verstärkt mitzuwirken, statt die Beschäftigten zu ermutigen, für den Erhalt der Braunkohle-Branche zu demonstrieren. Letzteres dient allein kurzfristigen Gewinnsteigerungen der Unternehmen, lässt aber letztlich die Beschäftigten im Regen stehen. Denn selbst ohne einen politischen Ausstieg aus der Braunkohle wäre nach den heutigen eigenen Szenarien der Braunkohlewirtschaft eine Arbeit der jüngeren Beschäftigten in der Braunkohle bis zu deren Rente kaum denkbar. Gerade diese sollten jedoch so früh wie möglich neue Perspektiven eingeräumt bekommen. Hier werden Gewerkschaften gebraucht.

Das laut Koalitionsvertrag im kommenden Jahr zu verabschiedende Klimaschutzgesetz muss einen sozial-ökologisch verantwortbaren Rahmen setzen. Die zur Erarbeitung von Vorschlägen eingesetzte Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ muss bis Ende 2018 Vorschläge unterbreiten.

Mit dem zwischen CDU/CSU und SPD Anfang des Jahres ausgehandelten Koalitionsvertrag wurden im Energiekapitel u.a. **Sonderausschreibungen zum Ausbau Erneuerbarer Energien** vereinbart. Ausgangspunkt war dabei die "Klimalücke" – die Erkenntnis, dass die auf nationaler Ebene beschlossenen Klimaschutzziele mit dem bisher vorgesehenen Ausbau Erneuerbarer Energien nicht erreichbar sein werden.

Die mit dem Koalitionsvertrag explizit verankerte Bedingung der „**Aufnahmefähigkeit der entsprechenden Netze**“ wirkt sich nun erneut und verstärkt als Mengenbegrenzung aus – und dies, obwohl mit den im Zuge des EEG 2016 eingeführten Netzausbaubereichen ohnehin netzbezogene Ausbaumengen-Reglementierungen verankert wurden. Wie maßgeblich das Netzkriterium gesehen

wird, zeigen Aussagen der Bundesregierung, etwa: „Die „Aufnahmefähigkeit der entsprechenden Netze“ ist laut Koalitionsvertrag Voraussetzung für die vorgesehenen Sonderausschreibungen von je vier Gigawatt Onshore-Windenergie und Photovoltaik sowie eines Offshore-Windenergiebeitrags, die wirksam werden bis 2020. Die Bundesregierung strebt an, in der zweiten Jahreshälfte einen Vorschlag vorzulegen, wie Sonderausschreibungen unter Berücksichtigung der Aufnahmefähigkeit der Netze ausgestaltet werden können“ (vgl. Drs. 19/3307, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/033/1903307.pdf>), oder an anderer Stelle von Seiten des Bundesministers Peter Altmaier bei einer Befragung im Plenum: "Wir werden auch die beiden Vereinbarungen im Koalitionsvertrag umsetzen, nämlich Sonderausschreibungen für die Jahre 2019 und 2020, die dort wirksam werden sollen. Aber es wurde von Anfang an nirgendwo im Koalitionsvertrag gesagt, dass dies vor oder nach der Sommerpause verabschiedet werden muss, weil nämlich als Voraussetzung für die Umsetzung formuliert ist, dass die 'Aufnahmefähigkeit der Netze' gewährleistet sein muss" (Plenarprotokoll vom 3. Juli 2018, Drs. 19/44, S.78. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/19/19044.pdf>).

Dabei müsste ein netzbezogener politisch verantwortlicher Umgang mit den Klimaschutzzielen und damit auch dem beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien vielmehr bei solchen die Netze belastenden Strommengen ansetzen, die es im Zuge der Energiewende ohnehin zu überwinden gilt – etwa über einen Ausstieg (auch) aus der Kohleenergie. Auch Vorschläge, die Übertragung von Reststrommengen auf AKWs in sog. Netzausbaugebiete zu untersagen, lagen und liegen vor (vgl. die Ausführungen hierzu in der Ausgabe 2/2018 des Newsletters https://www.nina-scheer.de/images/2018/Nina%20Scheer_Newsletter%202018-N2.pdf). Darüber hinaus bedarf es eines besseren Netzmanagements, besserer Netzauslastung sowie mehr Flexibilität und Sektorkopplung, etwa indem §§ 24 und 14a Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sowie die Verordnung über Vereinbarung zu abschaltbaren Lasten (AbLaV) um Flexibilitätsinstrumente für Verteilnetzbetreiber wie zu- und abschaltbare Lasten gesetzlich erweitert werden (durch Demand-Response in der Industrie, die Ladesteuerung von Elektrofahrzeugen, Demand-Side-Management in Haushalten).

"Offiziell" wird Letzteres auch von Seiten der Bundesregierung verfolgt, indem der im Sommer 2018 durch Bundesminister Peter Altmaier vorgestellte "Aktionsplan Stromnetz" unter anderem Vorschläge zur technischen Optimierung, für den Einsatz neuer Technologien und zur Optimierung von Engpassmanagement vorsieht. Genau genommen erklärt der Aktionsplan aber allein in Bezug auf den Netzausbau gesetzliche Änderungen vornehmen zu wollen (diese tangieren insbesondere das Planungsrecht), nicht hingegen in Bezug auf Maßnahmen zur Netzauslastung. Eben letztere müssten sinnvollerweise nun aber den (netzbezogenen) Schwerpunkt darstellen. Es ist zu befürchten, dass der "Aktionsplan Stromnetz" zur weiteren Verzögerung führen – nun auch in Bezug auf die Sonderausschreibungen – wird

und zwar indem dessen Umsetzung dem Ausbau Erneuerbarer Energien vorangestellt wird.

Sonderausschreibungen, die „je zur Hälfte wirksam“ schon zu 2019 und 2020 erfolgen sollen, hätten bereits beschlossen werden müssen. Dass dies bis heute nicht geschehen ist, ist ein Bruch des Koalitionsvertrages. Es liegen zwar inzwischen Entwürfe vor; aber noch kein Kabinettsbeschluss (Stand: Ende Oktober 2018).

Im Zuge der zurückliegenden Verhandlungen zur Umsetzung der Sonderausschreibungen forderten CDU/CSU zudem die Einführung einer erneuten Länderöffnungsklausel. NRW sollte die Einführung einer 10H-Regelung ermöglicht werden. Letzteres wurde von Seiten der Union zur Bedingung für eine Einigung auf Sonderausschreibungen erklärt. Die SPD lehnte dies ab.

Die vereinbarten Sonderausschreibungen sind letztlich ein Eingeständnis energiepolitischer Fehlsteuerung: Sie „beweisen“, dass die noch in der vorangegangenen Legislaturperiode vorgenommenen Ausbau-Mengenbegrenzungen verfehlt waren und als solche aufgegeben werden müssen.

Spätestens vor dem Hintergrund der Entscheidung des Europäischen Gerichts (EuG) zur Beihilfeentscheidung über den Bau des britischen AKW Hinkley Point C ist zudem eine Überarbeitung der EU-Beihilfeleitlinie für Erneuerbare Energien erforderlich. Es kann nicht sein, dass die Förderung von Atomenergie im Zuge der Beihilfeprüfung gegenüber der Förderung Erneuerbarer Energien besser gestellt ist.

Diesel

In vielen deutschen Städten liegt die Konzentration von Stickoxiden deutlich über den Grenzwerten – was vor allem an den Abgasen von Diesel-Pkw liegt.



Der Dieselskandal hat gezeigt, dass auch die modernen Dieselfahrzeuge die verlangten Abgasnormen nicht einhalten. Die Autoindustrie hat sich bisher nur auf Software-Updates verpflichten lassen oder führt sie freiwillig durch. Allerdings mit mäßigem Erfolg: Die Schadstoffrate wird hier nur um 20 Prozent reduziert, im realen Fahrbetrieb ist dieser Wert noch einmal deutlich niedriger. Hardwarenachrüstungen, wie ADAC-Tests beweisen, bringen viel mehr: Um bis zu 70 Prozent lässt sich der

schädliche Stickoxidausstoß mit dem Einbau eines SCR-Katalysators reduzieren.

Im September verabschiedete die SPD-Bundestagsfraktion einen Beschluss zur technischen Nachrüstung bei Dieselfahrzeugen. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, mit den inländischen und ausländischen Automobilherstellern eine Hardwarenachrüstung auf Kosten der Hersteller für Dieselfahrzeuge der Abgasnorm Euro 5 und 6 zu vereinbaren, um die Luft in hochbelasteten Städten zu verbessern und Fahrverbote zu vermeiden. Meines Erachtens sollte dies auch noch weitere Abgasnormen umfassen.

In der Kabinettsitzung vom 24. Oktober hat die Bundesregierung Schritte zur Umsetzung des Sofort-Programms „Saubere Luft 2017-2021“ vereinbart und dabei erklärt, Maßnahmen zu ergreifen. Dabei wird das Bundesverkehrsministerium (BMVI) u.a. aufgefordert, unverzüglich die Förderrichtlinien zur Hardware-Nachrüstung bei schweren Kommunalfahrzeugen und bei Handwerker- und Lieferfahrzeugen zu erarbeiten. Das BMVI beabsichtigt die Förderrichtlinien noch 2018 zu veröffentlichen. Zudem soll das Ministerium die rechtlichen und technischen Vorschriften für den Einsatz von Nachrüstungen schaffen. Ferner verständigte sich das Kabinett darauf, das Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) hinsichtlich der Stickoxid-Grenzwerte zu verändern, um Fahrverbote in den betroffenen Städten zu vermeiden. Darin heißt es:

„4. Das Bundesverwaltungsgericht hat festgestellt, dass Verkehrsbeschränkungen zulässig sind und geboten sein können. Viele Kommunen haben den Bund daher gebeten, hierfür einheitliche Regeln vorzusehen. Dies wird das BMU durch Änderungen im Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) ermöglichen: Beschränkungen oder Verbote für Kraftfahrzeuge mit Selbstzündungsmotor sollen wegen der Überschreitung des Immissionsgrenzwertes für Stickstoffdioxid in der Regel aus Gründen der Verhältnismäßigkeit nur in Gebieten in Betracht kommen, in denen der Wert von 50 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro m³ Luft im Jahresmittel überschritten worden ist. Fahrzeuge der Schadstoffklasse Euro 6 werden von Verkehrsbeschränkungen und –verboten ausgenommen. Darüber hinaus werden Fahrzeuge der Schadstoffklassen Euro 4 und 5 von Verkehrsbeschränkungen und –verboten ausgenommen, soweit dieses weniger als 270 mg Stickstoffoxide pro km ausstoßen (...).“

Dem Kabinettsbeschluss liegt eine Verständigung des Koalitionsausschusses vom 1. Oktober 2018 zugrunde, in der es heißt:

„(...) Die Bundesregierung wird daher unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit durch eine Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes eine Regelung für besonders belastete Städte, in denen ein Stickoxid-Jahresmittelwert von mehr als 50 µg/m³ (Mikrogramm/Kubikmeter Luft) überschritten wird, schaffen.“

Seit Jahren ist bekannt, dass ansteigende Emissionen nicht im Einklang mit den

Grenzwerten stehen. Letztere existieren zum Schutz der menschlichen Gesundheit. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat festgestellt, dass gesundheitsrelevante Wirkungen von Stickoxiden (NO₂) ab einer langfristigen durchschnittlichen Exposition von 20 Mikrogramm kalkuliert werden müssen. So gesehen müssten die heute bei 40 Mikrogramm/Kubikmeter Luft liegenden Grenzwerte zum Schutz der Gesundheit noch verschärft werden. Eine Aufweichung des BImSchG zur Vermeidung von Fahrverboten unter Verweis auf Verhältnismäßigkeitserwägungen halte ich für nicht akzeptabel. Mit dem genannten Vorschlag vermittelt die Bundesregierung den Anschein der Beliebigkeit von Grenzwerten und stellt damit die Aussagekraft von Recht und Gesetz in Frage.

Es muss vielmehr darum gehen, alle erdenklichen Maßnahmen zu ergreifen, die Grenzwerte einzuhalten. An erster Stelle muss die Verpflichtung der Hersteller zu Nachrüstungen stehen. Als Druckmittel sollten Bußgeldzahlungen in Höhe von bis zu 5000 Euro genutzt werden, die bereits heute nach § 37 Abs. 1 und 2 EG-FGV i. V. m. §§ 23, 24 StVG bei schadhafte Fahrzeugen verhängt werden können. Aber auch verstärkte Anreize zum Umstieg auf ÖPNV wie etwa Null-Euro-Tickets (und eine entsprechende Unterstützung der Städte und Kommunen) zählen hierzu sowie Anreize und der Abbau von Hemmnissen, um regenerative Energien verstärkt auch im Verkehrssektor einzusetzen. Wir brauchen eine verstärkte Nutzung des ÖPNV und einen zu beschleunigenden Umstieg auf alternative Antriebstechnologien.

Sicher sollten Fahrverbote wenn irgend möglich vermieden werden. Letztlich muss aber die Gesundheit Vorrang erhalten. Eine Änderung von Grenzwerten nur aus Gründen der kurzfristig kalkulierten Praktikabilität – entgegen dem ihr zugrunde liegenden Schutzzweck – darf es nicht geben!

Bezahlbares Wohnen

Im Zuge des Wohngipfels am 21. September 2018 hat es die SPD geschafft, wohnungsbaubezogene Maßnahmen, die über den Koalitionsvertrag hinausgehen, durchzusetzen, wie z.B. einen verbesserten Milieuschutz, das Bestellerprinzip bei Maklergebühren nun auch beim Immobilienkauf einzubeziehen und die Verlängerung des Mietspiegel-Betrachtungszeitraumes von 4 auf 6 Jahre.

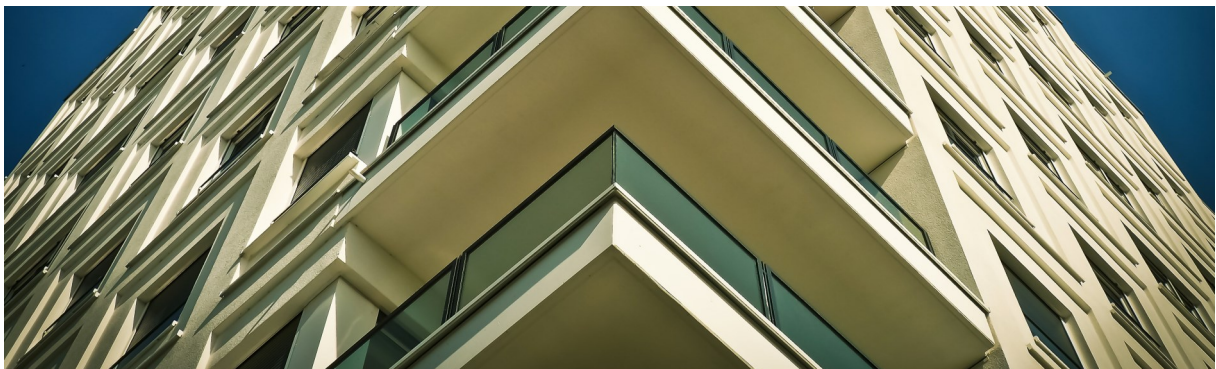
Neben entsprechenden Maßnahmen muss es verstärkt um den Bau bezahlbaren Wohnraums und von Sozialwohnungen gehen.

Trotz der genannten koalitionären Einigung verdeutlicht das Thema bezahlbares Wohnen exemplarisch die grundlegenden Zielkonflikte zwischen CDU/CSU und SPD: Während sich die SPD für Maßgaben zur Gewährleistung bezahlbaren Wohnraums ausspricht, erkennt die Union darin zunächst ein Wirtschaftshemmnis. Die erste Lesung zur Überarbeitung der Mietpreisbremse verdeutlichte dies. Die SPD muss meines Erachtens noch deutlicher erkennen lassen, an welcher Stelle

Blockaden existieren. Andernfalls wird riskiert, „Erfolge“ auch dann so zu benennen, wenn es die Sachlage nicht rechtfertigt.

Mit dem neuen „**Gesetz zur Steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus (Sonder-AfA)**“ sollen einige der beim Wohngipfel am 21. September 2018 beschlossenen Punkte zur Wohnungsbauoffensive umgesetzt werden:

Durch die Einführung einer steuerlichen Sonder-Abschreibung soll der Mietwohnungsneubau im bezahlbaren Mietsegment gefördert werden. Die Sonderabschreibung soll im Jahr der Anschaffung oder Herstellung und in den folgenden drei Jahren jeweils fünf Prozent betragen. Zusammen mit der normalen Abschreibung können somit innerhalb dieses Abschreibungszeitraums bis zu 28 Prozent der förderfähigen Anschaffungs- und Herstellungskosten steuerlich berücksichtigt werden.



Dadurch wird auch die Herstellung von Wohnraum in bereits bestehenden Gebäuden gefördert. Das betrifft beispielsweise die Umwidmung von Gewerbeflächen oder den Ausbau von bislang ungenutzten Dachgeschossen. Die Förderung setzt voraus, dass der Bauantrag zwischen dem 1. September 2018 und dem 31. Dezember 2021 gestellt wurde bzw. wird. Seit Jahren wird eine steuerliche Abschreibung diskutiert. In der Praxis hat dies bislang nach verbreiteter Einschätzung zu massivem sog. Investitionsattentismus geführt: In der Absicht, Steuervorteile nicht auszulassen, wird eine Sanierung aufgeschoben.

Der Entwurf eines Mietrechtsanpassungsgesetzes (MietAnpG) von Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) wurde ebenfalls am 19. Oktober in erster Lesung im Deutschen Bundestag beraten und enthält folgende Maßnahmen:

- In Regionen, in denen die Mietpreisbremse gilt, werden Vermieterinnen und Vermieter verpflichtet, Mieterinnen und Mietern vor Abschluss des Mietvertrags unaufgefordert darüber Auskunft zu erteilen, ob im konkreten Fall eine Ausnahme von der Mietpreisbremse vorliegt, beispielsweise eine höhere Vormiete oder eine umfassende Modernisierung. Nur soweit diese Auskunft erteilt wird, können sich Vermieter auch später auf diese Ausnahme berufen. Auf diesem Weg soll mehr Transparenz über die Rechtmäßigkeit der geforderten Miete hergestellt werden.

- In ganz Deutschland soll laut Regierungsentwurf gelten, dass die Miete nur noch um 3 Euro pro Quadratmeter in sechs Jahren erhöht werden darf.
- In Gebieten mit „angespannter Wohnungslage“ sollen anstatt wie bisher elf, jährlich nur noch acht Prozent der Modernisierungskosten auf die Miete umgelegt werden dürfen.

Zum Hintergrund:

Die Landesregierungen erhielten durch das Mietrechtsnovellierungsgesetz in 2015 das Recht, bis Ende 2020 "Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten" für eine Dauer von höchstens fünf Jahren durch Rechtsverordnung festzulegen.

In Schleswig Holstein sind dies Barsbüttel, Glinde, Halstenbek, Hörnum, Kampen, Kiel, List, Norderstedt, Sylt, Wenningstedt-Braderup, Wentorf bei Hamburg und Wyk auf Föhr.

In diesen Gebieten darf die Miete zu Beginn eines neuen Mietverhältnisses die ortsübliche Vergleichsmiete höchstens um 10 Prozent übersteigen. Falls jedoch bereits mit dem Vermieter ein Jahr vor Ende des Mietvertrages eine höhere Miete vereinbart war, so bildet diese die Obergrenze. Weitere Ausnahmen gelten bei kürzlicher Modernisierung oder für Neubauten (Erstvermietung ab Oktober 2014). Zuviel gezahlte Miete kann zurückverlangt werden. Diese Vorschriften wurden als neue §§ 556d-556f in das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) eingefügt. Die Verordnung tritt mit Ablauf des 30. November 2020 außer Kraft.

Wenn zu wenig Wohnraum zur Verfügung steht, kommt es zu steigenden Mieten. Verstärkt wird dies, wenn Wohnraum zum Renditeobjekt wird – als Ersatz für Geldanlagen, die in Zeiten niedriger Zinsen nicht mehr „funktionieren“. In begehrten Wohnlagen kommt es dann zu Fällen des gezielten Rausmodernisierens. Hierüber findet eine schleichende Zweckentfremdung von Wohnraum statt, der Verlust von Wohnraum, steigende Obdachlosigkeit mit fatalen Folgen für die Entwicklung ganzer Quartiere und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, insbesondere von Ballungszentren, aber auch über sie hinaus. Richtigerweise zählt es zu den Kernaufgaben der SPD, sowohl für hinreichend Wohnraum zu sorgen, als auch vor dem Verlust von Wohnraum zu schützen. Insofern soll ein gezieltes Verdrängen und Rausmodernisieren mit Bußgeldern von bis zu 100.000 Euro belegt werden.

Weitere Maßnahmen, für die sich die SPD-Fraktion einsetzt:

- Einen Mietenstopp auf den angespannten Wohnungsmärkten. Die Bestandsmieten und Mieten bei Neuvermietungen sollen dort für fünf Jahre nur in Höhe der Inflation steigen dürfen;
- Noch weiter verschärfte Anforderungen an Eigenbedarfskündigungen;
- Eine weitere Absenkung der Modernisierungsumlage. Die jetzt vorgesehene Absenkung der Umlagefähigkeit von 11 auf 8 Prozent kann nur der erste Schritt sein;

- Längere Bindungsfristen im sozialen Wohnungsbau;
- Bei Neubauprojekten in angespannten Wohnungsmärkten sollen zur Hälfte preisgebundene und preisgedämpfte Wohnungen entstehen.
- Die Spekulation mit Grund und Boden und Immobilien muss durch steuerliche Maßnahmen und baurechtliche Vorgaben eingedämmt werden. Mehr Transparenz auf den Bodenmärkten kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu. Außerdem muss es eine zügige Reform der Grundsteuer geben.
- Schließlich bedarf es eines neuen Sozialpakts zwischen der öffentlichen Hand und Immobilieneigentümern. Wer im Interesse der Mieterinnen und Mieter baut und nicht nur im Dienste einer bestmöglichen Rendite, soll vom Staat unterstützt werden. Auf diesem Wege soll ein breites und räumlich verteiltes Angebot von dauerhaft belegungs- und mietpreisgebundenen Wohnungen entstehen.

Gute-Kita-Gesetz

Der Gesetzesentwurf für ein "Gute-KiTa-Gesetz" von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey wurde Anfang Oktober in erster Lesung im Plenum beraten. Bis 2022 soll der Bund den Ländern für Qualitätssteigerungen 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Jene können sowohl in einer Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels liegen, als auch in verlängerten Öffnungszeiten.



Für Eltern mit geringem Einkommen sieht das Gute-KiTa-Gesetz die Abschaffung der KiTa-Gebühren vor – eine Forderung im Zeichen von gebührenfreier Bildung, für die sich die SPD seit langem einsetzt. In Bundesländern, in denen die Kita-Gebühren noch nicht oder erst teilweise abgeschafft sind, müssen Eltern diese nicht mehr leisten, wenn sie Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II), Sozialhilfe (SGB XII), Asylbewerberleistungen, Wohngeld oder Kinderzuschlag beziehen. Konkret heißt das: Mit dem Gute-KiTa Gesetz erhalten rund 1,2 Millionen Kinder Anspruch auf einen beitragsfreien Kita-Platz.

Zudem sollen die Gebühren gestaffelt werden. Dabei spielen Einkommen, Betreuungszeit oder Anzahl der Kinder in der Familie eine Rolle. Die mit dem Gute-

KiTa-Gesetz verbundenen Mittel können die Länder zudem für Maßnahmen zur Gebührenfreiheit nutzen.

Begleitend zum Gute-KiTa-Gesetz soll eine Fachkräfteoffensive ab dem nächsten Jahr helfen, neue Erzieherinnen und Erzieher zu gewinnen.

Bundesweit sind die KiTa-Gebühren in Schleswig-Holstein am höchsten, dies ergab eine Studie der Bertelsmann-Stiftung im Mai 2018. Bisher hat sich die schwarz-gelbe-grüne Landesregierung in Schleswig-Holstein dennoch immer gegen Beitragsfreiheit ausgesprochen – etwa als die SPD-Landtagsfraktion aufgrund der guten Haushaltslage im Land während der vergangenen Haushaltsberatungen eine kostenfreie Betreuung in der Krippe für fünf Stunden am Tag beantragte.

Bei den Koalitionsverhandlungen hat sich die SPD mit ihrer Forderung nach einer Grundgesetzänderung durchgesetzt, die das Kooperationsverbot aufhebt und die für den Bund die Möglichkeit schafft, die Länder bei Investitionen in die Bildungsinfrastruktur in den Kommunen zu unterstützen.

Für eine solche Grundgesetzänderung ist eine Zweidrittelmehrheit nötig, weshalb nun im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens mit der Opposition an einem konkreten Gesetz gearbeitet wird.

Ferkelkastration

2013 hat die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung im Tierschutzgesetz das Ende der betäubungslosen Ferkelkastration zum 31.12.2018 beschlossen. Die lange Übergangsfrist sollte genutzt werden, um die bisherige Praxis durch vorhandene Alternativen abzulösen. Ferkel werden kastriert, da das Fleisch von Ebern bzw. nicht kastrierten männlichen Mastschweinen einen unangenehmen Geruch und Geschmack, den so genannten Ebergeruch, haben kann.



Zu der nun in Rede stehenden Fristverlängerung erreichten mich zahlreiche Zuschriften. Die darin formulierte Empörung über eine mögliche Verschiebung des Kastrationsverbotes für Ferkel kann ich sehr gut verstehen und teile sie! Es ist untragbar, dass sehenden Auges eine Übergangsfrist ausgeschöpft wird, um dann erneut keine Lösungen vorweisen zu können, wie mit Ferkeln im Einklang mit dem Tierschutzgesetz und auch unserer ethischen Tierwohlverpflichtung umgegangen

werden könnte. Das ist nicht hinnehmbar, zumal das Ende der betäubungslosen Ferkelkastration eine bereits im Jahr 2013 getroffene Entscheidung war.

Die SPD-Fraktionsspitze wurde von der CSU „überrascht“, die mit der Frage nach einer Fristverlängerung den Koalitionsausschuss anrief, um es mit den Themen Diesel und Einwanderungsgesetz zu verknüpfen. Auch dieser Vorgang (wie bereits weitere in diesem Newsletter benannte) spiegelt die verbreiteten Einigungsschwierigkeiten der Koalition, zumal es der damals zuständige CSU-Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt war, der über Jahre die Einführung von schmerzfreien und unter Betäubung vorgenommenen Methoden zur Ferkelkastration verschleppte. Aktuell (Ende Oktober 2018) liegt noch keine abschließende Einigung vor.

Haushaltsentwurf 2019

Angesichts der guten Haushaltslage muss der Bund heute in die Zukunft investieren und gleichzeitig für die Zukunft vorsorgen. In dieser Wahlperiode werden die Investitionen in Wohnen und Bildung, in Infrastruktur und Digitalisierung sowie in die innere Sicherheit deutlich angehoben. Über das Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“ fließen Milliarden in die Förderung des Breitbandausbaus und die Versorgung von Schulen mit schnellem Internet. Die staatlichen Einnahmen gehen an die Bürgerinnen und Bürger, an die Familien und Kinder im Land zurück. Außerdem hat die SPD in der Koalition den Grundstein für eine stabile Rente der Babyboomer, die ab 2024 in Rente gehen, gelegt. Um das Rentenniveau stabil und den Rentenbeitrag bei unter 20 Prozent zu halten, ist die Rücklage von Zuschüssen aus Steuergeldern notwendig.

Für das Jahr 2019 ist eine Erhöhung des Kindergelds um 10 Euro und der Kinderfreibeträge um 192 Euro vorgesehen. Für 2021 soll das Kindergeld dann in einem zweiten Schritt um weitere 15 Euro erhöht und der Kinderfreibetrag zum 1.1.2020 um nochmals 192 Euro erhöht werden. Die Erwerbsminderungsrente wurde erhöht, das heißt die Bezüge für Menschen, die krankheitsbedingt früher aus dem Arbeitsleben ausscheiden müssen, sind gestiegen. Investitionen in berufliche Qualifizierung sollen deutlich erhöht werden. Hier spricht Bundesminister Hubertus Heil von einer Qualifizierungsoffensive. Davon werden insbesondere die durch den digitalen Strukturwandel betroffenen Arbeitnehmer*innen profitieren. Auch für die Qualifizierung und Integration von Langzeitarbeitslosen sind für 2019 eine Milliarde Euro zusätzlich eingeplant, und der Wohnungsnot wird über ein Investitionspaket in den sozialen Wohnungsbau begegnet. Zusätzlich zu den im Koalitionsvertrag vereinbarten zwei Milliarden Euro für die Jahre 2020 und 2021 stehen jetzt weitere 500 Millionen Euro im Haushalt 2019 bereit.

Sehr kritisch sehe ich die Erhöhung des Verteidigungsetats, der allein im kommenden Haushalt 2019 um 4,38 Milliarden Euro steigen soll – und das im

Vergleich zum Entwicklungsetat, für den nur ein Aufwuchs von 284 Millionen Euro vorgesehen ist und der ab 2020 sogar noch von 9,725 auf 8,69 Milliarden Euro gekürzt werden soll. Der Vergleich dieser Etats ist deshalb zu ziehen, weil im Koalitionsvertrag ausdrücklich vereinbart wurde, dass Steigerungen im Rahmen zusätzlicher Haushaltsspielräume, die über die mittelfristige Finanzplanung aus dem Jahr 2017 hinausgehen (diese war Grundlage für die Koalitionsvereinbarung), im Verhältnis 1:1 bei Verteidigung und Entwicklung erfolgen müssen. Nach dem Koalitionsvertrag muss zudem die ODA-Quote, das ist der Anteil der öffentlichen Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen, auf 0,7 Prozent gesteigert werden und nicht absinken. **Somit bricht der vorgelegte Finanzplan gleich dreifach den Koalitionsvertrag:** Die hohen Steuermehreinnahmen werden nicht prioritär für Entwicklung ausgegeben, das Steigerungsverhältnis 1:1 (Verteidigung : Entwicklung) wird nicht eingehalten und die ODA-Quote wird sinken statt steigen. Damit bricht Deutschland auch seine internationalen Verpflichtung gegenüber den ärmsten Menschen dieser Erde, denen die Industrieländer einschließlich Deutschland bereits seit Jahrzehnten eine ODA-Quote von 0,7 Prozent zugesagt haben.

Mit eben dieser Finanzplanung wird darüber hinaus das vielerorts erklärte Ziel der Bekämpfung von Fluchtursachen unterwandert bzw. ad absurdum geführt, das untrennbar mit einer zielführenden und verantwortungsbewussten Migrationspolitik steht. Insofern muss es darum gehen, deutliche Aufwüchse in den ODA-anrechnungsfähigen Ressorts zu erlangen und auch die Finanzplanung der Folgejahre entsprechend auszugestalten bzw. zu korrigieren.

Medienspots (Auswahl)

„Von wegen öko: Warum tun wir nicht, was wir für richtig halten?“

Diskussion Deutschlandfunk Kultur, 20. August 2018

Link zum Beitrag und Podcast: https://www.deutschlandfunkkultur.de/von-wegen-oeko-warum-wir-nicht-tun-was-wir-fuer-richtig.970.de.html?dram:article_id=425744

„So schnell wie möglich auf erneuerbare Energien umsteigen“

Interview Deutschlandfunk, 21. August 2018

Link zum Beitrag und Podcast: https://www.deutschlandfunk.de/scheer-spd-zu-klimazielen-so-schnell-wie-moeglich-auf.694.de.html?dram:article_id=426024

„Die SPD - ein hoffnungsloser Fall?“

Panorama 3, 25. September 2018

Link zum Beitrag: <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/Die-SPD-ein-hoffnungsloser-Fall-,panoramadreid2910.html?fbclid=IwAR3tms3sgHVGNpkgNncDVQGtA4WQaMfI5LKjGOuUBTUgFv8rdKoiOwGTZ3k>

„Fahrverbot-Vermeidung per Gesetz?“

Interview Deutschlandfunk, 23. Oktober 2018

Link zum Beitrag und Podcast: https://www.deutschlandfunk.de/scheer-spd-zu-lockerung-von-stickoxid-grenzwerten-dieser.694.de.html?dram:article_id=431281

Reden



Antrag Bündnis 90/Die Grünen:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 20a, 74, 106, 143h – Stärkung des Klimaschutzes), 27. September 2018

<https://www.nina-scheer.de/zur-sache/reden/713-rede-fdp-antrag-rechtssicherheit-im-internationalen-investitionsschutz.html>



Erwiderung der Kurzintervention von AfD-
Abgeordneten Dr. Kraft, 27. September 2018

Link zur Mediathek des Deutschen Bundestages
<https://dbtg.tv/fvid/7276147>



Aktuelle Stunde: Notwendige Klimaschutzmaßnahmen
zur Einhaltung des 1,5-Grad-Klimaziel, 10. Oktober
2018

<https://www.nina-scheer.de/zur-sache/reden/755-rede-aktuelle-stunde-notwendige-klimaschutzmassnahmen-zur-einhaltung-des-1-5-grad-klimaziel.html>



Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Forderung von Bündnis 90/Die Grünen und der Linksfraktion, Urananreicherung und Brennelementherstellung in Deutschland zu beenden, 17. Oktober 2018

Link zur Mediathek des Deutschen Bundestages
<https://dbtg.tv/cvid/7278839>

Eigene Veranstaltungen

Sommertour

In der Sommerpause des Bundestages fand meine diesjährige Sommertour im Wahlkreis statt. Hierzu ein Überblick:

In Breitenfelde am 22. August 2018



In seiner Funktion als Ortsvereinsvorsitzender der SPD Breitenfelde hatte Arnold Bruhn mich zu einem Tag vor Ort eingeladen. Dort besuchte ich im Rahmen meiner Sommertour am 22. August mehrere Bürgerinnen und Bürgern, um mich über politische Handlungsbedarfe auszutauschen. Themen der Gespräche waren unter anderem die Geruchsimmissions-Richtlinie (GIRL), die Initiative Tierwohl, die es den Landwirten ermöglicht, bessere Erträge durch artgerechtere Haltung zu erzielen und der Durchgangsverkehr insbesondere durch LKW. Begleitet wurden wir von Gunar Schlage, der inzwischen den Ortsvereinsvorsitz übernommen hat.

Besuch des Pumpspeicherkraftwerks Geesthacht

Anlässlich des Besuchs des Pumpspeicherwerks in Geesthacht zusammen mit dem Bürgermeister der Stadt Geesthacht, Olaf Schulze, wurde der im Zuge der Energiewende steigende Bedarf an Flexibilität und damit an Speichern diskutiert.

Wenn wenig Wind weht oder die Sonne nicht scheint, müssen Schwankungen bei der Verknüpfung von Erzeugung und Verbrauch ausgeglichen werden.

Einigkeit bestand unter den Gesprächsteilnehmern, dass es einer besseren Integration von Speichertechnologien im Energiemarkt bedarf. Neben einer besseren Netzauslastung spielten dabei auch Pumpspeicherwerke, wie das in Geesthacht, eine zentrale Rolle. Einer systemisch relevanten Einbindung von Speichern, die auch den Umstieg auf Erneuerbarer Energien in Ablösung fossiler Energien anreizen, stehen allerdings gesetzliche Hemmnisse entgegen, die es dringend abzubauen gilt. So kann es nicht sein, dass die Einbindung von Stromspeichern bei Steuern und Abgaben doppelt belastet wird.

Daher begrüße ich die Pläne Vattenfalls zum Ausbau von Photovoltaik am Standort des Pumpspeicherkraftwerkes. Auch hier wird gesetzlicher Änderungsbedarf deutlich: Mit den im Jahr 2016 eingeführten Ausschreibungen werden Projekte künstlich klein gehalten. Die existierende Bagatellgrenze, unterhalb derer Einspeisevergütungen außerhalb von Ausschreibungen geleistet werden, behindert heute den Zuwachs an Erneuerbaren Energien.



Insofern sind die von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier vorgestellten Pläne nicht zielführend, insoweit in Bezug auf Rahmenbedingungen von Netzen eine Priorität und ein Schwerpunkt auf den Bau von Übertragungs- und Gleichstromtrassen gesetzt wird, wenn zugleich die Netzoptimierung und Einbindung von Speichern erschwert bleibt. Um Speichertechnologien als tragende Säule der Energiewende im Energiesystem zu verankern müssen Anreize für entsprechende systemdienliche Leistungen geschaffen werden. Mit mehr Netzstabilitätsverantwortung auch für Verteilnetzbetreiber können Energiewendeförderliche Maßnahmen schnell umgesetzt werden und innovative Speichervariationen in die Anwendung kommen – auch zur Kopplung mit dem Verkehrs- und dem Wärmesektor. Durch bislang falsche regulatorische Anreize liegen entsprechende Potentiale bislang brach.

An dem Gespräch nahmen teil (vgl. auch Foto von v.l.n.r.): Christian Seyfert (Regional Public Affairs, Vattenfall), Dr. Karsten Wulff (Regional Public Affairs, Vattenfall), Dr. Nina Scheer, MdB, Olaf Schulze (Bürgermeister von Geesthacht), Murat Özden (Leiter Abwicklungsbereich Solar, Vattenfall), Werner Flindt (SPD-Fraktion Geesthacht) und Dr.-Ing. René Kühne (Leiter Produktion Wasserkraft, Vattenfall).

Berlinspiegel in Ahrensburg

Am Donnerstag, den 12. Juli 2018 diskutierte ich zusammen mit interessierten Genossinnen und Genossen in Ahrensburg über aktuelle Themen und Aufgaben. Die traditionellen "Kreisübergreifenden Ortsvereinsrunden" tragen nun den neuen Namen "Berlinspiegel".



Zur Sprache kamen unter anderem die Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung neuer Angebote zur Ganztagsbetreuung, die Neuaufstellung der SPD sowie die bisherige Bilanz der Großen Koalition.

Otto-Lübke in Berlin

Nachdem ich dem Bürgermeister von Roseburg Otto Lübke Mitte des Jahres zu seinem 40-jährigen Dienstjubiläum gratulieren durfte, freute ich mich ihn in Begleitung von Karl-Heinz Jeske am 13. September im Deutschen Bundestag begrüßen zu dürfen. Neben dem Besuch einer Plenarsitzung, standen auch eine Hausführung und ein Besuch auf der Kuppel auf dem Programm.



Foto (v.l.): Nina Scheer, Otto Lübke, Karl-Heinz Jeske

Auf Einladung

Gespräche zur Pflege

Das Ahrensburger Alten- und Pflegeheim „Tobias-Haus“ hat mit zwei Kooperationspartnern eine neue Basisqualifikation für die berufliche Pflege entwickelt. Diese richtet sich an Quereinsteiger, Schulabgänger oder Neugierige. Das Programm ersetzt nicht die Ausbildung zur Pflegefachkraft, kann aber der Einstieg in den Beruf sein und diesen somit attraktiver machen. Diese und weitere Fragen im Zusammenhang mit Pflege waren Gegenstand eines **Pressegespräches am 3. August 2018**.

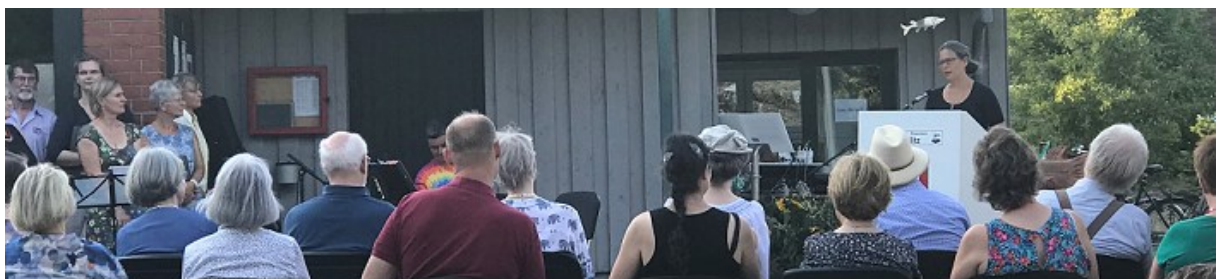


Die SPD konnte gegenüber der Union eine Stärkung der Pflege durchsetzen, die auf Grundlage des ab 2019 geltenden Pflegepersonalstärkungsgesetzes Pflegekräfte in der Kranken- und Altenpflege durch eine bessere Personalausstattung und bessere Arbeitsbedingungen spürbar entlastet. Weitere Maßnahmen sind jedoch erforderlich.

Feierliche Eröffnung von „Dörfer zeigen Kunst“ in Kittlitz

Kunst ist eine eigene Sprache, die menschliche Erwartungen, Sehnsüchte, aber etwa auch politische Aussagen verkörpert und dabei über einen ganz eigenen Zugang zu Menschen verfügt. Kunst kommt dabei auch eine eigene Verantwortung zu. Die Sprachformen der Kunst – seien es die bildenden Künste, die Musik oder die Literatur – lassen sie zu etwas zwischen allen Menschen Teilbarem machen.

Kunst ist eine eigene Sprache, die menschliche Erwartungen, Sehnsüchte, aber etwa auch politische Aussagen verkörpert und dabei über einen ganz eigenen Zugang zu Menschen verfügt, die auf anderen Wegen verschlossen sind. Kunst kommt dabei auch eine eigene Verantwortung zu. Die Sprachformen der Kunst – seien es die bildenden Künste, die Musik oder die Literatur – lassen sie zu etwas zwischen allen Menschen Teilbarem machen.



Kunst kann als Sprache Brücken der Verständigung bauen, wenn andere Sprachen versagen – wenn verbal, verstärkt über soziale Medien, Hass geschürt wird. Einschlägige Songtexte zeigen allerdings, dass auch Kunst für eben diese Zwecke

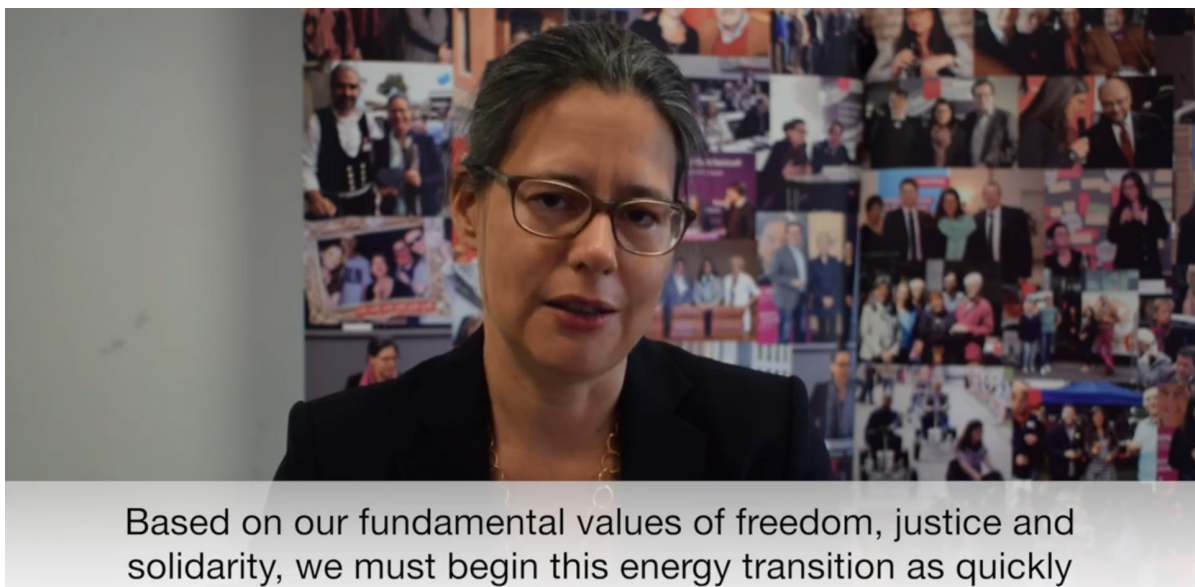
missbraucht werden kann. Eine wertorientierte Wachsamkeit ist somit auch in Betrachtung von Kunst geboten.

Wenn Dörfer Kunst zeigen, zeigt dies auch die Lebendigkeit des Ortes, des ländlichen Raumes und dessen Wertschätzung. Wo eben diese Lebendigkeit gegeben ist, ist auch Raum für die gegenseitige Verständigung. Im Zuge meines Grußworts habe ich der zusammenkommenden Kunst und auch der 15-jährigen Geschichte von „Dörfer zeigen Kunst“ meine ganz persönliche Wertschätzung ausgedrückt und meinen damit verbundenen Dank an alle ausstellenden Künstlerinnen und Künstler, das Amt Lauenburgische Seen für die Koordination, insbesondere auch an Frau Susanne Raben-Johns, den Tourismusausschuss des Amtes Lauenburgische Seen, die beteiligten Gemeinden, und allen Förderern und Helfern ausgesprochen.

Zu den Gästen zählten neben Barbara Eggert, Bürgermeisterin von Kittlitz und Heinz Dohrendorff, Amtsvorsteher, u.a. auch Meinhard Füllner, Kreispräsident und Gitta Neemann-Güntner, 1. stellvertretende Kreispräsidentin.

Sommerakademie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Anlässlich der regionalen Sommerakademie der Friedrich-Ebert-Stiftung für sozialdemokratische Nachwuchspolitikerinnen und Nachwuchspolitiker aus Südosteuropa in Sarajevo vom 29. August bis zum 2. September richtete ich mich an die Teilnehmenden in einer Videobotschaft.



Ich ging auf die Auseinandersetzung mit klima- und energiepolitischen Themen aus sozialdemokratischer Sicht ein und verdeutlichte, warum diese Themen entsprechend auf der politischen Agenda progressiver Parteien verankert werden sollten.

Unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität müssen das Fundament der Energiewende sein, sodass alle Menschen daran teilhaben können.

Welche Antworten hat die SPD auf den Klimawandel?



Über die Frage, welche Antworten die SPD auf den Klimawandel hat, habe ich mit Interessierten auf Einladung der SPD Berlin-Schöneberg am 25. September diskutiert. In der Diskussion hob ich hervor, dass Klimaschutz eine Frage der Solidarität gegenüber nachfolgenden Generationen ist. Der Sozialdemokratie fallen dabei die Aufgaben zu, Lebensgrundlagen zu erhalten, den Klimawandel zu stoppen und insbesondere der beschleunigte vollständige Umstieg auf Erneuerbare Energien.

Praktikant*innen

Stefanie Helbig

„In meinem echten Leben bin ich Journalistin, doch in der Zeit vom 3. bis 28. September hatte ich einen Bundestags-Hausausweis und arbeitete im Büro von Dr. Nina Scheer. Möglich macht es die Journalistenakademie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) mit ihrer Fortbildung „Blick hinter die Kulissen der Politik“.



In meinem Berufsalltag nutze ich Politik als Themenfundgrube. Da ist es mehr als sinnvoll, auch einmal auf der anderen Seite zu sitzen und zu sehen, wie die Dinge von dort aus betrachtet aussehen. Ich war zunächst einmal wirklich beeindruckt von der schieren Menge an Arbeit, die Abgeordnete und ihre Büromitarbeiter zu bewältigen haben. Sie müssen blitzschnell zwischen unterschiedlichsten Themen umschalten können und ein enormes Pensum an Reisen zwischen Terminen im Wahlkreis und in Berlin wegstecken.

Die Mitarbeiter von Nina waren wirklich nett und haben mich direkt eingebunden. Sie organisierten Karten für eine Plenardebatte, von der sie schon ahnten, dass sie interessant sein würde (und das war sie: Seehofer!) und nahmen mich mit zum „Vorwärts-Fest“. Besonders spannend war, dass die Causa Maaßen in meine Hospitanzzeit fiel, sodass ich das Beben vor Ort miterleben konnte.

Flankiert wurde meine Arbeit im Büro von einem Rahmenprogramm der FES-Journalistenakademie. Wir trafen zum Beispiel Staatssekretärinnen und Staatssekretäre im Familienministerium, im Auswärtigen Amt oder im Justizministerium, sprachen über aktuelle Vorhaben und diskutierten unsere Fragen. In der Elefantenrunde im Plenum zu Beginn der Haushaltswoche haben wir live erlebt, wie Martin Schulz die AfD attackierte und in der Bundespressekonferenz, wie die stellvertretende Regierungssprecherin Ulrike Demmer sagte, in puncto Hetzjagden in Chemnitz gäbe es nichts kleinzureden. Wir besuchten die Hauptstadtreaktionen von Spiegel, ZDF und Deutschlandfunk und bekamen Führungen durch den Bundesrat, das Kanzleramt und die SPD-Parteizentrale.

Jeder Tag war prall gefüllt mit Input, den ich wahrscheinlich erst sortieren kann, wenn ich wieder im normalen Leben angekommen bin. Ich werde aber unheimlich viel in meinen Arbeitsalltag mitnehmen und kann das Programm wirklich nur empfehlen.“

Lukas Zeidler

„Normalerweise trifft man mich zwei Mal in der Woche als studentischer Mitarbeiter in Ninas Ahrensburger Büro. Für mein Jura-Studium in Hamburg benötige ich jedoch einige Praktika. Da Nina ebenfalls Juristin ist, bot es sich an, dies zu nutzen. Somit wechselte ich diesen September von Ahrensburg für einen Monat in Ninas Berliner Büro.



Trotz meiner schon über ein Jahr währenden Tätigkeit für Nina kamen schnell neue Aufgaben auf mich zu. So bereitete ich unter anderem für Nina die Sitzung des Rechtsausschusses mit vor, nahm an Mitarbeiterrunden der Fraktions-AG Recht teil oder begleitete Prüfprozesse des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung, dessen stellvertretende Vorsitzende Nina ist.

Obwohl ich schon oft in den Gebäuden des Deutschen Bundestages war, war es doch eine besondere Erfahrung, dort tagtäglich zu arbeiten. Neben der beeindruckenden Architektur der verschiedenen Bauten ist es ein äußerst geschichtsträchtiger Ort. Abstimmungen, die gefühlt im Raum nebenan getroffen werden, können sich auf das Leben von Millionen Menschen auswirken.

Seit dem 1. Oktober bin ich wieder im Ahrensburger SPD-Büro anzutreffen. Einiges betrachte ich nun mit anderen Augen. Von meinem neu erworbenen Wissen in Berlin profitiere ich auch bei meiner Arbeit im Wahlkreis und kann dadurch die Kolleginnen und Kollegen bei weiteren Aufgaben unterstützen. Einen so direkten Blick hinter die Kulissen des Bundestages und der Entstehungsgeschichte von

politischen Entscheidungen zu gewinnen ist nur möglich, wenn man selbst dabei ist. Mal eine Zeit im Berliner Büro eines Abgeordneten oder einer Abgeordneten zu verbringen, kann ich nur empfehlen. Daher gilt am Ende mein Dank Nina und dem gesamten Team, welche mir diesen unvergesslichen Monat ermöglicht haben.“

Nächste Termine und Veranstaltungshinweise vgl. unter www.nina-scheer.de



Dr. Nina Scheer • Mitglied des Deutschen Bundestages

nina.scheer@bundestag.de • www.nina-scheer.de

Berliner Büro • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030 227 73537 • Fax: 030 227 76539

Wahlkreisbüro Ahrensburg • Manhagener Allee 17 • 22926 Ahrensburg

Tel.: 04102 6916011

Wahlkreisbüro Geesthacht • Markt 17 • 21502 Geesthacht

Tel.: 04152 8054740

V. i. S. d. P.: Dr. Nina Scheer • Markt 17 • 21502 Geesthacht



